



1 Würzburg, 29.08.2025

2 **Beschlusspapier der gemeinsamen Klausurtagung**
3 **der Geschäftsführenden Vorstände von CDU/CSU und SPD**

4

5 **Deutschland voranbringen.**

6 Diese Koalition hat in kurzer Zeit in der Sache viele wichtige Entscheidungen für Deutschland
7 getroffen. Doch es ist noch einiges zu tun. Wir werden ehrlich zu uns selbst sein und die verein-
8 barten Reformen auf den Weg bringen. Wir tun das Notwendige, damit es in Deutschland ge-
9 recht zugeht. Es braucht einen modernen Staat und eine starke Wirtschaft. Und wir werden
10 Deutschland sicherer machen gegen die Bedrohungen von außen und von innen. Eine zuneh-
11 mend protektionistische Weltwirtschaft, der russische Angriffskrieg sowie das Erstarken extre-
12 mistischer und populistischer Bewegungen bedrohen unsere freiheitliche Demokratie, den ge-
13 sellschaftlichen Zusammenhalt und unseren Wohlstand.

14 Gerade deshalb eint uns das Ziel, mit den notwendigen Reformen und Investitionen Deutsch-
15 land voranzubringen. Sicherheit, wirtschaftliche Dynamik und sozialer Zusammenhalt bilden da-
16 bei das Fundament für eine erfolgreiche Zukunft.

17

18 **1. Für ein sicheres Deutschland: Europäische und nationale Verteidigung stärken**

19 Unsere Sicherheit ist bedroht wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Russ-
20 land setzt seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort, verweigert diplomatische Lösun-
21 gen und rüstet weiter auf. Die Zukunft der Ukraine bestimmt daher die Zukunft Euro-
22 pas. Wir werden alles tun, damit sich die Ukraine gegen Russland verteidigen und aus
23 einer Position der Stärke verhandeln kann. Für unsere eigene Sicherheit und Freiheit
24 müssen wir mehr Verantwortung übernehmen. Die Bedrohungslage bestimmt dabei die
25 Ausrichtung der NATO und die deutsche Sicherheitsarchitektur, einschließlich der Bun-
26 deswehr. Zur Umsetzung neuer Verteidigungspläne der NATO hat Deutschland das
27 zweitgrößte Fähigkeitspaket übernommen. Gleichzeitig hat die Bundesregierung die Er-
28 höhung unserer Verteidigungsausgaben bis 2029 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandpro-
29 dukts planerisch hinterlegt. Um unsere Verpflichtungen zu erfüllen, bedarf es immenser

30 Kraftanstrengungen in den Kategorien Material, Infrastruktur und Personal. Mit einem
31 Beschaffungsbeschleunigungsgesetz verbessern wir die Rahmenbedingungen für die
32 Beauftragung unserer Rüstungsindustrie. Darüber hinaus arbeitet die Bundesregierung
33 an Eckpunkten für ein Bundeswehrplanungsgesetz, das den Rahmen für die Erfüllung
34 unserer Verpflichtungen in der NATO schafft und damit auch die Grundlage für die Be-
35 reitstellung der notwendigen Finanzmittel im Bundeshaushalt legen könnte. Notwen-
36 dige Baumaßnahmen beschleunigen wir gemeinsam mit den Bundesländern mit dem
37 Ziel, unseren Soldaten zeitgemäße Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Um den abge-
38 leiteten Gesamtumfang von 460.000 aktiven Soldaten und Reservisten zu erreichen,
39 werden wir einen zunächst auf Freiwilligkeit beruhenden Wehrdienst schaffen. Hierzu
40 werden wir zeitnah ein Gesetz für einen neuen Wehrdienst auf den Weg bringen. Letzt-
41 lich geht Verteidigung uns alle an. Wir werden gesamtstaatliche Resilienz und Verteidi-
42 gungsfähigkeit ausbauen und stärker als bisher in den gesellschaftlichen Diskurs ein-
43 bringen. Impulse hierfür kann auch der Nationale Sicherheitsrat setzen, den wir gerade
44 eingesetzt haben.

45 Konkrete Maßnahmen für die kommenden Monate sind u.a.:

- 46 • Gesetz zur beschleunigten Beschaffung für die Bundeswehr
- 47 • Bundeswehrplanungsgesetz
- 48 • Gesetz zum neuen Wehrdienst

49

50 **2. Neues Wirtschaftswachstum und gute Arbeit**

51 Wir bringen Deutschland auf Wachstumskurs. Die Wirtschaftsindizes beginnen sich zu
52 drehen: Der Geschäftsklimaindex zeigt einen Aufwärtstrend, die Verbraucherstimmung
53 hat sich verbessert, bleibt aber volatil. Dennoch zeigen die letzten Wachstumszahlen,
54 dass es darum gehen muss, weiter daran zu arbeiten, die wirtschaftlichen Rahmenbedin-
55 gungen nachhaltig zu verbessern. Auf diese Weise wollen wir unser Ziel erreichen, das
56 Potenzialwachstum wieder auf deutlich über ein Prozent zu erhöhen.

57 Hierzu haben wir im Koalitionsvertrag ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept vorge-
58 legt, mit dem wir die Bedingungen für eine wettbewerbsfähige und wachsende Volkwirt-
59 schaft verbessern wollen.

60 Für unsere Wirtschaft sind verlässliche Rahmenbedingungen in einer unsicherer werden-
61 den Welt essenziell, insbesondere wettbewerbsfähige Energiepreise, weniger Bürokratie
62 und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.

63 Erste wichtige Schritte haben wir mit der Einführung des Investitionsboosters und der
64 Senkung der Unternehmensteuer – der größten Steuersenkung seit mehr als 15 Jahren
65 – bereits beschlossen. So fördern wir Investitionen und Innovationen – für mehr

66 Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Ein starker Wirtschaftsstandort braucht eine
67 verlässliche Infrastruktur. Daher haben wir mit dem Sondervermögen Infrastruktur die
68 notwendigen Investitionen gesichert. Auch mit der Abschaffung der Gasumlage und der
69 Bezuschussung der Übertragungsnetzentgelte entlasten wir die Unternehmen und ma-
70 chen einen zusätzlichen Schritt hin zu wettbewerbsfähigeren Energiepreisen.

71 Wir gestalten Deutschlands Zukunft – stark, innovativ und unabhängig. Mit der Hightech
72 Agenda Deutschland setzen wir gezielt auf Schlüsseltechnologien, die nicht nur unseren
73 Wirtschaftsstandort sichern, sondern auch neue zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.
74 So machen wir unser Land widerstandsfähiger, wettbewerbsfähiger und souveräner in
75 einer Welt im Wandel. Mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisie-
76 rung bündeln wir Kräfte: Wir treiben die Modernisierung des Staates und die digitale
77 Transformation konsequent voran, bauen eine leistungsfähige Infrastruktur auf und för-
78 dern eine Kultur der Agilität und Effizienz.

79 Unser Ziel ist ein Staat, der verlässlich, modern und bürgernah funktioniert – und damit
80 die Grundlage für Wohlstand und Fortschritt in Deutschland sichert.

81 Leistung muss sich wieder lohnen. Wir werden daher Schwarzarbeit und Steuerbetrug
82 konsequent bekämpfen und die Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen
83 zur Mitte der Legislatur senken. Zudem schaffen wir zusätzliche finanzielle Anreize für
84 freiwilliges längeres Arbeiten. Wir ermöglichen denjenigen, die über das Renteneintritts-
85 alter hinaus freiwillig weiterarbeiten wollen, durch eine Aktivrente bis zu 2.000 Euro im
86 Monat steuerfrei zur Rente hinzuzuverdienen.

87 Wer freiwillig mehr arbeiten will, soll mehr Netto vom Brutto haben. Wir stellen umge-
88 hend Überstundenzuschläge steuerfrei, die über die tariflich vereinbarte bzw. an Tarif-
89 verträgen orientierte Vollzeitarbeit hinausgehen.

90 Unser Ziel ist eine höhere Tarifbindung. Tariflöhne müssen wieder die Regel werden.
91 Deswegen haben wir das Bundestariftreuegesetz auf den Weg gebracht. Bei öffentlichen
92 Aufträgen des Bundes ab 50.000 Euro und für Startups in den ersten vier Jahren der
93 Gründung ab 100.000 Euro sollen künftig Firmen ihren Beschäftigten branchenübliche
94 Tarifbedingungen bieten müssen. Bürokratie, Nachweispflichten und Kontrollen werden
95 wir auf ein absolutes Minimum begrenzen.

96 Wir wollen die Menschen, Unternehmen und Landwirte von Bürokratie entlasten. Mit
97 einer Reduzierung um mindestens 25 % bauen wir Belastungen insbesondere für kleine
98 und mittelständische Unternehmen signifikant ab. Die Bonpflicht wollen wir abschaffen.
99 Darüber hinaus schaffen wir das nationale Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)
100 ab. Es wird ersetzt durch ein Gesetz über die internationale Unternehmensverantwortung,
101 das die Europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) bürokratiearm und vollzugs-
102 freundlich umsetzt. Die Berichtspflicht nach dem LkSG wird unmittelbar abgeschafft und
103 entfällt komplett. Die geltenden gesetzlichen Sorgfaltspflichten werden bis zum

104 Inkrafttreten des neuen Gesetzes, mit Ausnahme von massiven Menschenrechtsverlet-
105 zungen, nicht sanktioniert. Wir unterstützen den „Omnibus“ der Kommission, um die
106 umfangreichen Vorgaben zum Inhalt der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung insbeson-
107 dere für die mittelständische Wirtschaft deutlich zu reduzieren und zeitlich zu verschie-
108 ben. Wir werden das bisherige Heizungsgesetz abschaffen und ein technologieoffeneres,
109 flexibleres und einfacheres Gebäudeenergiegesetz auf den Weg bringen. Die erreichbare
110 CO₂-Vermeidung soll zur zentralen Steuerungsgröße werden.

111 Verlässliche Arbeitszeiten sichern die Vereinbarkeit von Familie, Ehrenamt und Beruf.
112 Flexible Arbeitsbedingungen können im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-
113 mer bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf hilfreich sein. Deshalb werden
114 wir im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie die Möglichkeit einer wöchent-
115 lichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit schaffen und dabei Missbrauch verhin-
116 dern. Zur konkreten Ausgestaltung werden wir einen Dialog mit den Sozialpartnern
117 durchführen. Die Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung werden wir unbürokra-
118 tisch regeln.

119 Konkrete Maßnahmen für die kommenden Monate sind u.a.:

- 120 • Bürokratieabbau / Moderner und funktionierender Staat
- 121 • Sondervermögen für Infrastruktur und steuerliches Investitionssofortprogramm (Investi-
122 tionsbooster) zur Stärkung des Wirtschafts- und Forschungsstandorts
- 123 • Verbesserung von Arbeitsanreizen, u.a. durch die Einführung der Aktivrente, von steuer-
124 freien Überstundenzuschlägen, Teilzeitaufstockungsprämien
- 125 • Tariftrueugesetz
- 126 • Beschleunigung, Vereinfachung und Digitalisierung von Vergabeverfahren
- 127 • Reduzierung der Energiepreise durch Abschaffung der Gasspeicherumlage, Senkung der
128 Netzentgelte und der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe. Der Koalitionsaus-
129 schuss hat sich darauf verständigt, dass weitere Entlastungsschritte – insbesondere eine
130 Senkung der Stromsteuer für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die gesamte
131 Wirtschaft – folgen sollen, sobald hierfür finanzielle Spielräume bestehen.
- 132 • Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Windenergie auf
133 Land, Wind auf See, der Geothermie und der Wasserstoffinfrastruktur
- 134 • Erhöhung der Pendlerpauschale
- 135 • Senkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie
- 136 • Vollständige Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung

137

138 **3. Starker Zusammenhalt und standfeste Demokratie**

139 Die Wertschätzung jedes Menschen und ein funktionierender Sozialstaat stärken den Zu-
140 sammenhalt in unserer Demokratie. Das setzt auch voraus, dass diejenigen, die ihr Leben
141 lang gearbeitet haben, auch im Alter finanziell gut zurechtkommen und gleichzeitig die
142 nachfolgenden Generationen nicht überfordert werden. Wir haben uns deshalb auf ein

- 143 großes Rentenpaket mit mehreren Bestandteilen verständigt. Im Bundestag wird das ge-
144 samte Rentenpaket gleichzeitig beschlossen.
- 145 Dazu gehört neben der Einführung der Aktivrente auch die gesetzliche Sicherung des
146 Rentenniveaus bei 48 Prozent bis zum Jahr 2031. Mit der Frühstart-Rente zahlen wir für
147 jedes Kind vom sechsten bis zum 18. Lebensjahr, das eine Bildungseinrichtung in
148 Deutschland besucht, pro Monat zehn Euro in ein privatwirtschaftlich organisiertes Al-
149 tersvorsorgedepot ein. Die Erträge aus dem Depot sollen bis zum Renteneintrittsalter
150 steuerfrei sein.
- 151 Parallel arbeiten wir an einer Reform der privaten, staatlich geförderten Altersvorsorge.
- 152 Mit der Mütterrente erweitern wir die Anerkennung von Erziehungsleistungen für vor
153 1992 geborene Kinder. Auch die betriebliche Altersvorsorge wollen wir stärken und de-
154 ren Verbreitung besonders in kleinen und mittleren Unternehmen und bei Geringverdie-
155 nern vorantreiben. Die Geringverdienerförderung werden wir genauso verbessern wie
156 die Digitalisierung und die Portabilität bei einem Arbeitgeberwechsel.
- 157 Wir gestalten das Bürgergeld zu einer neuen Grundsicherung um. Dabei gilt: Rechte und
158 Pflichten müssen für beide Seiten verbindlich geregelt sein. Jobcenter erhalten ausrei-
159 chend Mittel. Jede arbeitslose Person soll ein persönliches Angebot an Beratung, Unter-
160 stützung und Vermittlung erhalten. Wir werden auch den Passiv-Aktiv-Transfer gesetzlich
161 verankern und ausweiten. Für Menschen, die arbeiten können, gilt der Vorrang der Ver-
162 mittlung, damit sie schnellstmöglich wieder eine Beschäftigung aufnehmen. Wer durch
163 Vermittlungshemmnisse nicht sofort eine neue Arbeit aufnehmen kann, soll durch Qua-
164 lifizierung, Gesundheitsförderung und Reha-Maßnahmen bessere Chancen auf eine dau-
165 erhafte Integration in den Arbeitsmarkt erhalten. Wir werden Vermittlungshürden besei-
166 tigen und die Prinzipien von Fördern und Fordern verschärfen. Dazu gehören die Mitwir-
167 kungspflichten und Sanktionen, die schneller, einfacher und unbürokratischer durchge-
168 setzt werden. Wer trotz Arbeitsfähigkeit wiederholt zumutbare Arbeit ablehnt, muss
169 künftig mit einem vollständigen Leistungsentzug rechnen. Zugleich berücksichtigen wir
170 die besondere Situation von Menschen mit psychischen Erkrankungen und beachten die
171 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die Karenzzeit für Vermögen schaffen
172 wir ab und koppeln das Schonvermögen an die Lebensleistung. Auch bei unverhältnis-
173 mäßig hohen Unterkunftskosten entfällt die Karenzzeit.
- 174 Unser Ziel ist ein bürgerfreundlicher Sozialstaat. Dafür setzen wir eine Kommission zur
175 Sozialstaatsreform gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein. Die Kommission soll
176 Empfehlungen entwickeln, wie unter Beibehaltung des Schutzniveaus massive Rechts-
177 vereinfachung, ein rascher Vollzug, erhöhte Transparenz und die Zusammenlegung von
178 Sozialleistungen erreicht werden können. Hierzu bedarf es eines umfassenden Blicks auf
179 die Institutionen unseres Sozialstaates und deren Verbindung untereinander.
- 180 Die Kommission soll auch die Wirksamkeit und Effizienz sozialstaatlicher Leistungen prü-
181 fen.

- 182 Bezahlbarer Wohnraum, bezahlbare und umweltfreundliche Mobilität, eine gut ausge-
183 baute digitale Infrastruktur und eine leistungsfähige Justiz sind weitere Bausteine für ei-
184 nen starken Zusammenhalt in unserem Land.
- 185 Konkrete Maßnahmen für die kommenden Monate sind u.a.:
- 186 • Rentenpaket (Haltelinie 48 % bis 2031, Mütterrente, Betriebsrentenstärkungsgesetz, Ak-
187 tivrente, Frühstartrente)
 - 188 • Umgestaltung des Bürgergeldsystems zur neuen Grundsicherung
 - 189 • Pakt für den Rechtsstaat
 - 190 • Digitalpakt 2.0
 - 191 • Wohnen (BauGB-Novelle, Städtebauförderung, Mietrecht)
 - 192 • Mobilität: Fortsetzung des Deutschlandtickets über 2025 hinaus mit einem festen Fi-
193 nanzierungsschlüssel für Kunden, Bund und Länder und einer schrittweisen sozialver-
194 träglichen Erhöhung des Nutzeranteils ab 2029